

(Abg. Dr. Schanz.)

- (A) des dritten Monats nicht der doppelte Lehrer Gehalt zu bezahlen ist. Im Interesse der kleineren Gemeinden bitte ich, doch auf diese Ausdehnung, die eigentlich keine Ausdehnung des Gesetzes ist, sondern lediglich die Beibehaltung des bestehenden Zustandes, zuzukommen, und ich hoffe, daß die Deputation Gelegenheit haben wird, auch hierzu die freundliche Zustimmung der Königl. Staatsregierung zu erlangen.
(Lebhaftes Bravo! rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Dpiß.

Abg. Dpiß: Meine Herren! Nicht um Öl ins Feuer zu gießen, sondern lediglich, um zur Klärung der einzelnen heute berührten Fragen beizutragen, fühle ich mich veranlaßt, auch meinesorts auf einige der Äußerungen des Herrn Vizepräsidenten Fräßdorf einzugehen.

- Der Herr Vizepräsident Fräßdorf hat mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß, wenn es sich im gegenwärtigen Falle um die Regelung der Pension für die Hinterlassenen der Beamten handle, man gehalten sei, bei dieser Gelegenheit auch die analogen Verhältnisse der Arbeiterschaft mit in Rücksicht zu ziehen. Ja, ich sollte denn doch meinen, daß dieser Hinweis nicht am Platze gewesen ist, und zwar um deswillen nicht am Platze gewesen ist, weil, wenn daran gegangen wird, auch die Pensionsverhältnisse der Hinterbliebenen der Arbeiterschaft zu regeln, wir in diesem Hause und der Staat Sachsen überhaupt dazu gar nicht zuständig sein würden, sondern die Regelung dieser Frage allein dem Reiche obliegt und zusteht. Es ist dem Herrn Vizepräsidenten Fräßdorf ebensogut und vielleicht noch besser als mir bekannt, daß eben in diesem Monat das Reich im Begriffe ist, gerade die hier vorliegenden Verhältnisse auch für die Arbeiterschaft zu regeln. Und wenn ferner noch von dem Herrn Finanzminister darauf hingewiesen werden konnte, daß die gegenwärtige Vorlage nach verschiedenen Richtungen hin die Hinterlassenen der Beamten eigentlich ungünstiger stelle als die Hinterlassenen der Arbeiter, wenn der Herr Finanzminister die gegenwärtige Vorlage nach dieser Richtung hin sogar in Schutz nehmen zu sollen geglaubt hat, so resultiert doch aus alledem, daß wir gar keinen besonderen Anlaß haben, bei Gelegenheit der Beratung dieser Vorlage speziell die Arbeiterinteressen, die ja sonst der eingehendsten Vertretung nach allen Richtungen hin bedürftig und würdig sind, mit in Frage zu ziehen.

Aber ich möchte den Hinweis auf die Wahrung (C) der Arbeiterinteressen in diesem Falle auch noch für ganz besonders wenig angebracht ansehen, denn er ruft den Anschein hervor, als ob Herr Vizepräsident Fräßdorf damit im Interesse ganz allgemein der Gerechtigkeit auf eine Lücke unseres Vorgehens hätte hinweisen wollen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn wirklich aus diesem Anlaß die Interessen aller Stände durch den Herrn Vizepräsidenten in Rücksicht hätten gezogen werden sollen, da, glaube ich, wären es tatsächlich diesmal ganz andere Stände als die Arbeiterschaft, die ja in weitestgehender Weise hoffentlich schon von der Reichsgesetzgebung bedacht wird, die hier außer den Beamten in Frage kämen. Das wären die Mittelstände, insbesondere der Handelsstand, die Landwirte als diejenigen, die die einzigen sind, die bei dieser Gelegenheit keinen Vorteil haben, sondern bloß die Last, die Steuern, die die Verpflichtung haben, diejenigen Vorteile, die der Beamtenschaft und den Hinterlassenen der Beamtenschaft zugefügt werden, aus ihrem Säckel aufzubringen. Wenn Herr Vizepräsident Fräßdorf speziell auf die schwierige Lage dieser Stände hingewiesen hätte, dann, glaube ich, würde er einen Akt der Gerechtigkeit (D) und ausgleichenden Billigkeit getroffen haben. Denn es liegt in der Tat nichts näher, als bei dieser Gesetzgebung gern an die genannten Stände zu denken, an diese Stände, die zu den allerersten wirtschaftlichen Faktoren des Staates und der Gesellschaft gehören und die nach der Richtung der Altersversicherung und -versorgung und nach der Richtung der Versorgung der Hinterbliebenen von der Gesetzgebung bis jetzt vollkommen schutzlos gelassen worden sind.

(Lebhaftes Sehr richtig! rechts.)

Also wenn dem Herrn Vizepräsidenten Fräßdorf, wie ich an sich nicht bezweifle, bei seinen Ausführungen der Wille vorgehwebt hat, auch andere Stände aus diesem Anlaß zu bedenken, dann, glaube ich, hätte es in der Tat sehr viel näher gelegen, auf jene Stände zuzukommen. Aber ich kann mir denken, daß der Herr Vizepräsident Fräßdorf hiervon durch bestimmte Gründe abgehalten worden ist, und diese Gründe liegen wohl in der allgemeinen Stellung, die seine Partei zu den Mittelständen einnimmt. Denn es ist uns allen bekannt, daß es zum Programm der äußersten Linken gehört, daß